Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 24. durch die Post bezogen Mark 7.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 70 Pfennig, nach auswärts Mark 1.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 68 — Sonnabend, den 26. August 1922 — 56. Jahrgang

Amtliches

Kreis Ilfeld.

Bekanntmachung.

A. Der Gebührentarif für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Regierungsbezirke Hildesheim wird auf Anordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den Umfang des Regierungsbezirks mit Ausnahme der Städte Hildesheim, Göttingen, Goslar, Nordheim, Osterode, Duderstadt, Münden und Peine wie folgt festgesetzt:

I.

Die Tierbesitzer haben an die bei der Fleischbeschau tätigen Tierärzte oder an die Fleischbeschauer für die Ausübung der ordentlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau die nachstehenden Gebühren zu entrichten: a) Einhufer je Tier 83,00 Mk., dazu Fuhrkosten wie bei der Ergänzungsfleischbeschau; b) Rinder (ausschließlich Kälber) je Tier 62,00 Mk. c) Schweine (einschließlich Trichinenschau) je Tier 48,00 Mk. d Schweine (ausschließlich Trichinenschau) je Tier 36,00 Mk. e Schweine (Trichinenschau allein) je Tier 22,00 Mk. f) Sonstiges Kleinvieh (Kälber, Schafe, Ziegen usw.) je Tier 22,00 Mk. g) Ferkel, Zickel, Lämmer je Tier 15,00 Mk.

Von den Tierbesitzern erhobene Gebühren sind an die Polizeikasse zur Deckung der polizeilichen Beschaukosten abzuführen:

a) von den Datenfleischbeschauern von der Gebühr

	A	B	C
1. eines Rindes	7,00	6,00	5,00 Mk.
2. eines Schweines (einschließl. der Trichinenschau)	6,00	5,00	4,00 Mk.
3. eines Schweines (ausschließlich der Trichinenschau	5,00	4,00	3,00 Mk.
4. sonstiges Kleinvieh (Schaf, Kalb, Ziege)	3,00	2,50	2,00 Mk.
5. Ferkel, Zickel, Lämmer	2,00	1,50	1,00 Mk.

b) von den Tierärzten von der Gebühr in allen

Klassen	A	B	C
1. eines Rindes	6,00 Mk.		
2. eines Schweines (einschließlich der Trichinenschau	5,00 Mk.		
3. eines Schweines (ausschließlich der Trichinenschau)	3,50 Mk.		
4. sonstigen Kleinviehs (Schaf, Kalb, Ziegen)	2,50 Mk.		
5. Ferkel, Zickel, Lämmer	1,50 Mk.		

Die Tierärzte erhalten für jeden Fall der Ergänzungsbeschau als Einheitsuntersuchungsgebühr für alle Tiergattungen die für die Einhufer nach Ia festgesetzte Gebühr und an Fahrtkosten die jeweiligen Fahrtkosten der Kreistierärzte, welche zur Zeit bei Eisenbahnreisen für 1 km 80 Pfg. sowie für Hin- und Abgang vom Wohnorte je 1,50 Mk. und bei Landwagenreisen für 1 km 4,00 Mk. betragen.

Für die Benutzung fremden Fuhrwerks werden die Auslagen in nachgewiesener Höhe erstattet. Die Benutzung von Kraftfahrzeugen darf nicht in Berechnung gebracht werden.

Die Fahrkosten dürfen lediglich aus Anlaß der Ergänzungsbeschau ausgeführt sein. Der Grundsatz, daß in Bezirken, in denen ein Tierarzt oder ordentlicher Beschauer oder Vertreter des ordentlichen Beschauers ist, für Ergänzungsbeschau keine besonderen Gebühren zu erheben sind, bleibt unberührt. Es dürfen also in solchen Bezirken auch bei Notschlachtungen keine Sondergebühren erhoben werden.

Bei Notschlachtungen im Sinne des § 1 des Reichsgesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900, in denen die Zuziehung eines Tierarztes notwendig wird, erhält der Tierarzt außerhalb seines ordentlichen Fleischbeschaubezirks Gebühren und Reisekosten wie bei der Ergänzungsfleischbeschau aus der Polizeikasse. Er hat aber die Gebühren für die ordentliche Fleischbeschau von dem Besitzer einzuziehen und sie in dem Forderungsnachweise für die Staatskasse in Abzug zu bringen.

Tierärzte und Fleischbeschauer erhalten bei Landwegreisen zur Ausübung der ordentlichen Fleischbeschau für ihre Tätigkeit als Vertreter in fremden Beschaubezirken an Wegegebühren 50% der in Absatz 1 festgesetzten Fahrkosten, wenn die Entfernung des Beschauortes von dem Wohnorte des Beschauers mindestens 5 km entfernt ist.

B. Die Gebühren für die amtliche Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen und Finnen, wenn sie nicht in Verbindung mit der Fleischbeschau vorgenommen wird, werden auf Anordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den Umfang des Regierungsbezirks mit Ausnahme der Städte Hildesheim, Göttingen, Goslar, Northeim, Einbeck, Osterode, Duderstadt, Münden und Peine wie folgt, festgesetzt: 1. für den ganzen Tierkörper auf 22,00 Mk. 2. für einen Schinken oder anderes Fleischstück auf 11,00 Mk. 3. für ein Stück Speck auf 9,00 Mk.

Die Trichinenschauer haben von den Besitzern erhobenen Gebühren an die Polizeikasse zur Deckung der polizeilichen Kosten für den ganzen Tierkörper 1,00 Mk. abzuführen. Sie erhalten, wenn sie auf Anordnung der zuständigen Behörden außerhalb ihres Schaubezirks tätig werden, und die Entfernung ihres Wohnortes vom Schauort mehr als 2 km beträgt, außer den Gebühren, eine Wegevergütung von 1,00 Mk. das heißt aus der Polizeikasse.

C. Dieser Gebührentarif tritt mit dem 15. August d. Js. in Kraft. Der Gebührentarif vom 23. September 1921 (Regierungs-Amtsblatt Hildesheim 30 S. 210) mit seinen Abänderungen am 25 März 1922 (Regierungs-Amtsblatt Hildesheim 13 Seite 55) wird am gleichen Tage aufgehoben.

Hildesheim, den 9. August 1922.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht! Die Ortsbehörden haben für weitere Verbreitung in ihren Gemeinden Sorge zu tragen; insbesondere die Fleischbeschauer und die Trichinenschauer entsprechend zu verständigen.

Ilfeld, den 16 August 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Kreis Ilfeld.

Bekanntmachung.

Am **Mittwoch, den 30. August d. Js. nachm. von 1½ bis 3½ Uhr** findet im Amtsgebäude in Elbingerode

Sprechtag

statt.

Ilfeld, den 23. August 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

betr. Durchführung des Gesetzes über die Fleischversorgung vom 18. 4. 22. (R. G. Bl. I. S. 460). Die Landjägerei wird hiermit angewiesen, darauf zu achten, daß nur die mit der für das Jahr 1922 ausgegebenen gelben **Viehhandels-Erlaubniskarte der Provinz Hannover** ausgerüsteten Schlachter und Händler im Kreise Ilfeld den Viehaufkauf ausüben. Soweit Antragsteller diese Karte noch nicht zugestellt sein sollte, müssen sie eine Bescheinigung der Kreis-Wirtschafts-Stelle bei sich führen, daß der Antrag für eine Viehhandelskarte läuft.

Zuwiderhandelnde sind zur Anzeige zu bringen.

Ilfeld, den 20. August 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Der für den vereinigten Schiedsmannsbezirk Elbingerode zum Schiedsmannsstellvertreter gewählte Maschinist Heinrich Stein ist am 3. August 1922 durch das Amtsgericht Wernigerode verpflichtet worden. Die Bestätigung der Wahl durch das Präsidium des Landgerichts in Halberstadt hat stattgefunden.

Die Amtszeit des Gewählten läuft bis 2. August 1925.

Elbingerode, den 23. August 1922.

Der Magistrat: Selke.

Bekanntmachung.

Der Beschluß der städtischen Kollegien über die **Erhöhung der Pacht** für die von der Stadt gepachteten Ländereien und Wege wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Der vorjährige Pachtzins ist um 150% erhöht worden. Die Abführung der Pachtgelder wird zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung bis spätestens 1. September d. J. an die hiesige Kämmereikasse erwartet.

Elbingerode, den 25. August 1922.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung

Die Liste über die Verteilung des Umlagegetreides liegt in der Zeit vom **29. 8. bis 3. 9. d. Js.** zur Einsicht der Beteiligten im hiesigen Rathause Zimmer Nr. 3 aus.

Anträge auf Berichtigung von Irrtümern können in dieser Zeit gestellt werden.

Elbingerode, den 25. August 1922.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung.

Ab 1. August d. Js. gelangen für die Kilowattstunde Licht-Strom **12.— Mk.** und für die Kilowattstunde Kraftstrom **10.— Mk.** zur Einziehung.

Elbingerode, den 25. August 1922.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung.

Die Gebühren des Friedhofswärters betragen rückwirkend ab 1. Juni 1922

für ein großes Grab	Mk.	160.—
für ein großes Kindergrab	„	100.—
für ein kleines Kindergrab	„	50.— und
für das Einsargen einer Leiche	„	25.—

Elbingerode, den 25. August 1922.

Der Magistrat. Selke.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 26. August 1922

Sitzung der städtischen Kollegien.

am 24. August abends 8 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Selke, die beiden neu eingetretenen B.-V. Golvansleur Herm. Bremer (USP) und Arnold Hemm (USP.), verpflichtete sie in der üblichen Weise durch Handschlag, und rief einige Dankesworte den Ausgeschiedenen B.-V. Spormann (der zum Ratsherrn gewählt wurde) und B.-V. Hinze, der sein Amt aus anderen Gründen niedergelegt hatte, nach.

Die einzelnen Punkte waren in den Fraktionssitzungen schon zur Besprechung gekommen, weshalb die umfangreiche Tagesordnung verhältnismäßig schnell erledigt wurde.

Zum Punkt 1 wurden die Preise für elektrischen Strom für Licht auf 12 Mark und Kraft auf 10 Mark pro Kilowattstunde festgesetzt.

Punkt 2. Die Luftbarkeitssteuer wird auf den doppelten Satz festgesetzt.

Punkt 3. Zu den Erhöhungen der Begräbnisgebühren waren Vereinbarungen zwischen dem Bürgermeister, einem Mitgliede des Kirchenvorstandes und dem Totengräber gepflogen. Danach wird künftig für die Aushebung eines großen Grabes eine Gebühr von 160.— Mk., für die Aushebung eines großen Kindergrabes eine Gebühr von 100 Mk. und für die Aushebung eines kleinen Kindergrabes eine Gebühr von 50 Mk. erhoben. Das Einsargen wird mit einer Gebühr von 25 Mk. belegt. Mit diesen Abmachungen ist das Kollegium einverstanden.

Punkt 4. Der zwischen der Stadt Elbingerode und der Gemeinde Ribeland einerseits und der Firma C. W. Neumann (z. Pulverfabrik) andererseits getätigte Pachtvertrag betr. Bodensicherei wird genehmigt. Der von der Firma C. W. Neumann zu zahlende Pachtpreis ist auf 3000.— Mk. festgesetzt. Hierzu hat die Vereinigte Harzer Portlandcement- und Kalkindustrie den Wunsch geäußert, die Fischereipacht der Bode soweit zu erhalten, als die Bode durch die Gelände der B. H. K.-J. fließt. Der Magistrat versprach, in diesem Sinne auf die Firma C. W. Neumann einzuwirken.

Punkt 5. Das Kollegium gab seine Zustimmung zum Beitritt der Sparkasse zur Giro-Zentrale (Verband der Sparkassen) in Hannover. Zum Zwecke der Beschaffung von Krediten ist der Beitritt zu obigem Institut gewissermaßen notwendig geworden. Einen besonderen Vorteil hat die Stadt bezw. die Sparkasse dadurch, daß sie an dem Gewinn der Girozentrale nach Maßgabe der von der Sparkasse dort gemachten Einlagen beteiligt ist. Im Verlauf dieser Debatte machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß für das Brauereigrundstück ein noch in diesem Jahre zur Auszahlung kommendes Landesdarlehen von 342 000.— Mk. gegeben werden wird.

Besonderen Wünschen entsprechend wird über den

Punkt 10 verhandelt, und zwar wird in den § 1 des Fortbildungsschulstatuts das Wort „wohnhaft" eingefügt um damit zu erreichen, daß alle jungen Leute, die in Elbingerode wohnen, zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet sind. Hierzu knüpfen sich schulrechtliche Fragen; B.-V. Ackert wünscht, daß der Unterricht an den Tagesstunden stattfinden möchte, wird aber von B.-V. Frey ag widersprochen, wobei dieser ausführt, daß das für Elbingerode eine Unmöglichkeit sei, 1. wegen der Raumfrage und 2. wegen Mangel an Lehrkräften.

Ferner wird über Punkt 8 verhandelt und zwar über die Anschaffung eines Lichtbildapparates. Hierzu hatte das Landratsamt, einer Anregung des Lehrerkollegiums der Hüttenorte folgend, angefragt, ob sich die Stadt Elbingerode daran mit einem Beitrag beteiligen wolle; ein solcher wird mit der Summe von 1000 Mk. bewilligt und dabei der Wunsch geäußert, daß der Apparat in Elbingerode, dem größten Ort des Amtes, stationiert werden möchte. Von der Regierung ist ebenfalls eine Beihilfe in Aussicht gestellt worden.

Punkt 6. Die an den Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes, einem Wernigerder Rechtsanwalt, zu zahlende Aufwandsentschädigung für die in Elbingerode abzuhaltenden Sitzungen des Mieteinigungsamtes wird von 200 auf 500 Mk. erhöht.

Punkt 7. Neuerdings wird von den Gemeinden verlangt, daß sie die Kosten für den Transport der Eisenträge tragen. Hierbei kann Elbingerode in eine üble Lage kommen, wenn es zum Transport der Eisenträge von Goslar, dem Sitze des Eisenwerkes herangezogen wird. Zu dieser Sache soll erst eine Rückfrage stattfinden.

Punkt 9. Das der Stadt Elbingerode auferlegte Getreideumlage-Soll ist auf 32 Doppelzentner festgesetzt in der sich Erzeuger zu teilen haben. Hierzu wird eine Kommission, bestehend aus den Landwirten Fritz Kaiser, Fritz Göbel und H. Krüger gewählt, deren Aufgabe es ist die Verteilung nach Maßgabe der bebauten Flächen vorzunehmen.

Punkt 11. Das Kollegium gibt sein Einverständnis zur Aufhebung der Wohnungsinspektoren, da dieselbe für Elbingerode kaum praktisch anwendbar sein dürfte und die Einnahmen hierfür in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehen.

Punkt 12. Das Ballenhaltegeld wird auf 25 000.— Mk. pro Ballen und Jahr festgesetzt.

Punkt 13. Der Bodenpreis für die Banten in der Waldbreite wird, wie schon früher beschlossen, auf 50 Pfg. pro Quadratmeter festgesetzt.

Punkt 14. Verschiedenes. Der hiesige Landwirtschaftliche Verein und der Ziegenzuchtverein beabsichtigen eine Tierschau zu veranstalten bei der eine Prämiierung stattfinden soll. Der Kreisausschuß stiftete für diese Sache 2000.— Mark. Das B.-V. Kollegium schloß sich mit 1000 Mark für die Rindviehschau und mit 500 Mark für die Ziegenschau an.

B.-V. Santzen wünscht die Wahl eines Magistratsmitgliedes für den Sparkassenvorstand.

Die in den Schulen wohnenden Lehrer waren zur Wohnungsbauabgabe herangezogen worden und zwar mit dem wollen sie die Schulen festgelegten Betrag. Hier wurde Abhilfe zugesagt, sobald die nötigen Unterlagen vorhanden sind, und die Lehrer nur mit der für sie geltenden Summe nach der Zahl der von ihnen benutzten Räumen belastet werden.

B.-V. Krebs moniert die hohen Fuhrkosten für Holz an die Deputatempfänger und empfiehlt die Fuhrkosten soweit sie den Stadtäckel belasten abzuschaffen, es jedem Berechtigten anheim stellend, die Anfuhr auf eigene Rechnung vorzunehmen. Der Magistrat versprach in diesem Sinne wirken zu wollen, machte jedoch darauf aufmerksam, daß die Sache nicht so glatt vor sich gehen würde, da es sich um Privilegien aus dem 16. Jahrhundert handele und die freie Lieferung des Holzes einen Teil des Gehalts darstelle. Es wurde jedoch eingewandt, daß die Deputatempfänger heute zeitgemäße Bezahlung hätten und folglich das Fuhrlohn selbst tragen könnten. — Bemerkenswert ist, daß 2500 Meter (einschließl. Irg illinenholz) verfügbar sind, aber etwa 3000 Meter angemeldet worden sind. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission gewählt bestehend aus den B.-V. Haupt, Krebs und Landwirt Karl Lieroth, Vorneberg, die die Verteilung des Holzes unter Mitwirkung des Ratsherrn Spormann vornehmen wird. Bemängelt wurden Schiebungen mit Holz dergestalt, daß Irgillinenholz gefordert und an Nichtberechtigte — etwa Hundewirte — weitervergeben um diesen so den Bezug billigen und nahestehenden Holzes zu sichern.

Die Forderungen der sozialistischen Gewerkschaften.

Die sozialistischen freien Gewerkschaften haben bei der Regierung folgende Forderungen gestellt:

1. Beschlagnahme der Lebensmittel, Kleider und Schuhe. Rationierung derselben.
2. Festsetzung eines Zwangskurses der Mark.
3. Festsetzung von Höchstpreisen.
4. Uebernahme des gesamten Devisenhandels durch die Regierung.
5. Schärfste Ueberwachung der Preisbildung.
6. Verbot der Herstellung von Kuchen und Gebäck.
7. Verbot der Fabrikation von Schokoladen und Konfitüren.
8. Verbot der Biererzeugung, der Schaumweinfabrikation, der Einfuhr von Apfelsinen usw.

— Kartoffeln. Es ist dem Magistrat gelungen, eine Ladung Kartoffeln zu bekommen, die in nächster Woche eintreffen wird. Der Preis wird sich zwischen 350.— und 370.— Mark bewegen.

— Riesenandrang auf der Miama — 80 000 bis 90 000 Sonntagsgäste. Das Nachlassen der Reisestimmungen und die Wiederkunft schönen Sommerwetters wirken auf den Besuch der Mitteldeutschen Ausstellung außerordentlich günstig ein. Der Verkehr des letzten Sonntags stand auf noch nicht erreichter Höhe. Schätzungsweise haben 80 000 — 90 000 Besucher die Tore der Ausstellung passiert. Wie wir von zuständiger Stelle hören, steigert sich der Besuch von Tag zu Tag. Einen wesentlichen Anteil am Anschwellen der Besuchsziffern haben die Gäste aus der Provinz und dem Reiche; am Sonntag trafen verschiedene Sonderzüge, so u. a. aus Braunschweig, Halberstadt und Roßlau ein, die vollbesetzt waren. Große Konzerte von früh bis spät, amEnde das strahlende Feuerwerk und nicht zuletzt die fast jeden Sonntag neu eröff-

Fortsetzung auf Seite 4.

Dr. Bahr's Zahnpulver »No. 23«

erweistes Mittel um die Zähne gesund und weiß zu erhalten. Zahnentzündend; desinfiziert die Mundhöhle. Ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta. — **Apotheke Dr. Carl Laudon.**—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220826-11/fragment/page=1

Wintersorgen.

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben:

Der kommende Winter wird — so sieht zu befürchten — der härteste und dunkelste sein, der Deutschland beschieden war. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit, unerschwingliche Preise für Lebensmittel und Heizstoff, allgemeine Nutzlosigkeit lauern am Beginn dieses Winters. Es sieht so aus, als ob die Preise der Valutaentwertung vorauseilen wollen: schon jetzt sind viele Preise, so die für Eisen, Holz und Bekleidungsgegenstände, weit stärker gestiegen, als es der Markentwertung entsprechen würde. Dazu kommt, daß eine starke Erhöhung der Wohnungsmieten, wahrscheinlich eine Versünfsachung, in den Großstädten bevorsteht. Sie wird die Verelendung beschleunigen und verschärfen.

Mit einem Gemisch aus Grausen und Verzweiflung verfolgen alle Kreise unseres Volkes, insbesondere aber die Wirtschaftskreise, den anscheinend unaufhaltsamen Sturz der Mark. Die Mark ist als internationales Zahlungsmittel tot. Noch wird ihr Kurs an den internationalen Börsen notiert, aber das Ausland wirft seine Markbestände immer von neuem in wilder Hast auf die Märkte. Wir müssen mit der furchtbaren Möglichkeit rechnen, daß das Ausland schließlich die Mark überhaupt nicht als Zahlungsmittel annimmt. Das würde bedeuten, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sein würde, die notwendigen industriellen Rohstoffe und die zur Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Lebensmittel im Auslande zu kaufen. Schon jetzt haben zahlreiche Textilfabriken sich zu Betriebseinschränkungen gezwungen gesehen, weil der jetzige Dollarstand einen Rohstoffeinkauf unmöglich macht. Die Unsicherheit der außen- und innenpolitischen Lage, die Furcht vor Gewaltstreichen Frankreichs auch gegen private deutsche Industrieunternehmungen, sowie die Kreditnot, die durch die neue Preiserhöhungswelle noch verschärft wird, — alle diese Momente rufen eine Lähmung der Unternehmungslust hervor. Jede Kalkulation wird unmöglich und die Neigung zu Betriebseinschränkungen nimmt überall zu. Naturgemäß wird dadurch die Warenknappheit verschärft und die Preise springen immer weiter, zumal das Ausland wieder einmal einen „Ausverkauf Deutschlands" vornimmt.

Im Inland geht die Konsumkraft infolge der anhaltenden Preissteigerungen immer weiter zurück. Vorerst wird dieser Rückgang der inländischen Kaufkraft noch durch Hamsterkäufe verdeckt, aber sehr bald wird dieses Erlahmen der Kaufkraft deutlicher in Erscheinung treten, zumal neue Steuern und neue Teuerungswellen immer größere Kreise des Volkes in die Unmöglichkeit versetzen werden, über den allernotwendigsten Bedarf hinaus Käufe vorzunehmen. Diese neuen Steuern werden nicht ausbleiben, da der neue Marksturz das Budget des Staates und der Kommunen in neue Verwirrung stürzen muß. Aber auch die Ausfuhr wird unter der allgemeinen Unsicherheit leiden. Die Erschwerungen im Rohstoffbezuge und die Verteuerung der Produktionskosten werden bewirken, daß die Exportchancen, die zunächst sich bei einem scharfen Rückgange der Mark erweitern, sehr bald dahinschwinden. Auch in den Exportindustrien könnten Betriebseinschränkungen und damit Arbeiterentlassungen nicht ausbleiben. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht Deutschland mit all seinen unübersehbaren Folgen innerpolitischer Natur.

Der Ausblick in die nahe Zukunft ist trübe, trüb und trostlos — — —

*

Marksturz, Lohnhöhe, Warenpreise.

Unaufhaltsam eilt die Mark dem Nullpunkt zu, ebenso unaufhaltsam schrauben sich die Preise in Deutschland für alle Lebensnotwendigkeiten in die Höhe. Teilweise sind die Preise selbst über die Weltmarktpreise hinaufgeschnellt, und ein Einhalten ist vorläufig nicht vorauszusehen. Was aber alle ernsthaften Beurteiler, ganz gleich, zu welcher politischen Richtung sie sich bekennen, als unvermeidlich im Gefolge dieser katastrophalen Erscheinung heranziehen sehen, das sind die schwersten Kämpfe um Löhne und Gehälter, die zweifellos in den meisten Fällen weit hinter den mit Galoppgeschwindigkeit davonrasenden Preisen zurückbleiben, ohne daß dafür, wenigstens was die einheimische Produktion anbelangt, immer eine genügende Rechtfertigung gegeben werden kann. Eine solche Entwicklung ist nicht allein ungesund, sie beschwört auch die ernstesten Gefahren für die innere Ruhe und die gesamte Wirtschaftssicherheit herauf.

So stellt auch die Deutsche Allgemeine Zeitung, das der Deutschen Volkspartei und der Großindustrie nahestehende Organ, fest, daß sich die durch das turmhohe Klettern der Preise verursachte Not bereits bis auf weniger beneidenswerte Schichten der Bevölkerung auf den größten Teil aller wertschaffenden Kreise erstreckt. Es sei begreiflich, daß sich der gesamten Bevölkerung eine schwere Sorge für die nächste Zukunft bemächtigt habe, und die Wünsche nach menschenwürdiger Lebensführung verdichten sich von Tag zu Tag. Aber es wäre zu bedauern, wenn diese Sorge in eine Panikstimmung ausarten würde. Noch sei nicht alle Hoffnung verloren, daß Mittel und Wege gefunden werden, um das Schwerste von unseren hartgeprüften Volke abzuwehren. Das Blatt sagt schließlich: „Wir haben stets zu erkennen gegeben, daß wir für die nächste Zukunft bei sämtlichen Klassen ein gleiches Verständnis besitzen. Zu wünschen ist, daß es gelingen möge, mit allen Mitteln der Not der schwer bedrängten Bevölkerungsschichten zu steuern, dabei aber Störungen der Ruhe, die unser daniederliegendes Vaterland vollends in den Abgrund stürzen würden, zu vermeiden."

Das Sozialistische Berliner Tageblatt schreibt nach einer Schilderung der manchmal von Stunde zu Stunde steigenden Preiserhöhungswelle, immer, wenn man sich die Frage erlaube, wie es möglich sei, daß derartige Preise gestellt werden, müsse man die Antwort hören, daß der Dollar bereits über 1000 steht. Der allergrößte Teil dieser Lebensbedürfnisse habe mit dem Verhältnis der Reichsmark zum Dollar nicht das geringste zu tun, da es sich um einheimische Erzeugnisse handelt. Die notwendige Kehrseite dieser unerfreulichen Medaille sei die neue, mit elementarer Gewalt einsetzende Lohnbewegung. Die Arbeiter ebenso wie die Festangestellten sehen sich vor einer Sturmwelle bedroht, unter der sie rettungslos begraben werden müssen, wenn sie sich nicht im letzten Augenblick mit aller Kraft zur Wehr setzen. Ein Kreis treibe den anderen, bis es schließlich nicht mehr weitergehe. Bei dieser verzweifelten Lage könne es für alle leitenden Kreise keine dringendere Aufgabe geben, als sich die Worte des Reichskanzlers Wirth: Erst Brot! zur Richtschnur zu nehmen. Was sonst an innerpolitischen Aufgaben sich durchzusetzen versucht, das muß zurücktreten hinter der obersten Forderung, erst einmal die Lebenshaltung des Volkes zu ermöglichen und sicherzustellen.

Der mehrheitssozialistische Vorwärts fordert bereits die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, die Sicherstellung von Kartoffeln, die Beschränkung der Schnapsbrennerei, die Einbäumung der Zuckerverschwendung in den Likör-, Marmeladen- und Schokoladefabriken, ferner eine starke Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Aus weiter linksstehenden radikalen Kreisen werden noch schärfere Maßnahmen gefordert, Arbeiterkontrolle für Banken, Börsen, Lebensmittelhandel, Beschlagnahme der notwendigsten Lebensmittel, Erfassung der Sachwerte usw. Mögen hier bei einzelnen Punkten politische Antriebe mehr mitspielen als direkte Sorge um die Volksernährung, so sieht man doch in der Presse aller anderen Schattierungen von rechts nach links die Unmöglichkeit gründlicher und baldiger Maßnahmen betont, soll die Gefahr nicht mehr gutzumachenden Unheils zurückgehalten werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Aufstandsschäden in Oberschlesien.

Der Reichsverkehrsminister hat auf eine Anfrage geantwortet, daß die Zahl der von den Insurgenten aus Oberschlesien weggeführten Eisenbahnfahrzeuge nicht genau feststeht; ein Teil sei inzwischen an die deutsche Reichsbahn zurückgegeben worden. Die noch fehlenden Fahrzeuge würden bei der Übergabe der an Polen auf Grund des Friedensvertrages zugesprochenen Fahrzeuge ersetzt; sie würden entweder auf das Abgabesoll der Polen angerechnet oder nach Deutschland zurückgeführt. Wegen der oberschlesischen Aufstandsschäden habe das Auswärtige Amt eine Note an die Botschafterkonferenz gerichtet, deren Ergebnis bisher nicht bekannt sei. Die Haftung für diese Schäden könne die Reichsbahn nach den maßgebenden Bestimmungen nicht übernehmen. Der Eingriff der Insurgenten müsse als höhere Gewalt angesehen werden, für die die Eisenbahn nicht haftet.

Teuerungsforderungen der Beamten.

Zurzeit verhandeln die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mit der Reichsregierung über die Teuerungsforderungen der Beamten. Die Regierung war der Ansicht, daß den Preissteigerungen im Monat Juli durch die im Juli erfolgte Erhöhung der Bezüge Rechnung getragen wurde und daß somit nur die in diesem Monat nach ihrer Schätzung eingetretene Teuerung von 20 Prozent zu berücksichtigen wäre. Später gestand die Regierung eine Erhöhung des Stundenlohnes der Arbeiter auf 9 Mark zu, was für die dritte Gehaltsstufe der Beamten (Eisenbahn- und Postschaffner) eine monatliche Zulage von 1875 Mark bedeuten würde. Die Vertreter der Gewerkschaften verlangten 3300 für die Beamten, was einer Zulage für den Stundenlohn der Arbeiter von 16 Mark entspräche. Die Verhandlungen dauern an.

Die Untersuchungen über die Ehrhardtbank.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit, daß in der polizeilichen Ermittlungssache gegen die sogenannte Ehrhardtbank die Berliner politische Polizei vor einigen Tagen die Münchener Polizeidirektion um Vornahme von Durchsuchungen und Zeugenvernehmungen ersucht hatte. Diesem Ersuchen hat die Münchener Polizei umgehend entsprochen und das beschlagnahmte Material sowie die Vernehmungsprotokolle durch besonderen Kurier der Berliner Polizei zugeleitet.

Keine Anmeldepflicht für Versammlungen.

Aus Schlesien war eine Beschwerde an den preußischen Minister des Innern gesandt worden wegen einer Anordnung des Oberpräsidenten von Niederschlesien, wonach zu den Vereinen und Vereinigungen, deren Versammlungen anzumelden sind, auch die Deutschnationale Volkspartei gehöre. Minister Severing hat darauf entschieden, daß die Anordnung des Oberpräsidenten rechtsirrtümlich sei. Eine Anmeldepflicht sei nur für Versammlungen unter freiem Himmel notwendig.

Amerika.

Warum der Weltkrieg geführt wurde. In einer Rede bezeichnete Senator La Follette den Weltkrieg als einen Handelskampf; das Gerede, „die Welt für die Demokratie zu sichern", sei Propaganda gewesen, mit welcher das amerikanische Volk von der im englischen Fahrwasser schwimmenden Presse gefüttert wurde. „Wäre ich zur Zeit des Weltkrieges Präsident gewesen," sagte der Senator, „wären die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg getreten, und wenn ich alle Morgans hinter Schloß und Riegel hätte bringen müssen." — La Follette ist Kandidat für den Bundessenat des Staates Wisconsin und wird auch von den Deutsch-Amerikanern unterstützt.

*

Berlin. Mit Zustimmung des Reichsrats hat der Arbeitsminister aus Anlaß der neuesten Brotpreiserhöhung und der weiteren Zunahme der allgemeinen Teuerung mit Wirkung vom 1. September ab die Teuerungszuschüsse für Militärrentner wesentlich erhöht.

Berlin. Das kommunistische Organ Rote Fahne ist auf drei Wochen verboten worden, weil sie der bayerischen Regierung den Vorwurf des Hochverrats gemacht hat.

München. Der Miesbacher Anzeiger ist von der bayerischen Regierung auf Grund der Schutzverordnung auf zehn Tage verboten worden und zwar wegen des Abdrucks eines Aufrufs, der zu Kundgebungen wegen des angeblichen Umsturzes der bayerischen Regierung in dem Konflikt mit dem Reiche auffordert.

Paris. Poincaré wird am Sonntag bei der Einweihung des Denkmals für die Gefallenen von Thiaucourt und am folgenden Tage bei der Eröffnung der Tagung des Generalrates des Departements Meuse eine wichtige politische Rede halten.

Prag. Der König und die Königin von Jugoslawien sind in Marienbad eingetroffen. Dort soll die Unterzeichnung des erneuerten Bündnisvertrages zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien durch Pasitsch und Benesch erfolgen.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Sir John Bradbury und der Delegierte Mauclere kommen nach Berlin, um mit der Regierung über die Reparationsfrage zu verhandeln.

* Die Alliierten teilen in einer Note mit, daß die noch nicht bezahlten 30 Millionen der letzten Ausgleichsrate bis zum 15. September gefordert werden.

* Die zuständigen Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats haben einer Erhöhung der Ausfuhrabgabe zugestimmt.

* Die bayerischen Minister Schweyer und Gürtner hatten in Berlin eine ergänzende Rücksprache mit dem Kanzler über die Garantien für die bundesstaatlichen Hoheitsrechte.

* Die Teuerungsaktion der Beamten hat ein Zugeständnis der Regierung erwirkt, das eine Gehaltsaufbesserung von 38 Prozent ergibt.

* In Londoner politischen Kreisen rechnet man für den Herbst mit einer Welt-Finanzkonferenz unter Teilnahme Deutschlands und Amerikas.

Kennst du das Land...

Roman von Hedda v. Schmid.

7] (Nachdruck verboten.)

Frau Mönk begab sich völlig beruhigt in das kleine behagliche Wohngemach, das um diese abendliche Stunde gewöhnlich zu ihrer allgemeinen Verfügung stand.

Auf dem runden Sofatisch, neben der Petroleumlampe, deren Schein Frau Mönk liebte, lag ihr Strickzeug und ein Band aus der Leihbibliothek. In richtiger Selbsterkenntnis sagte Frau Mönk sich's oft, daß sie nichts weniger als berufen war, Pensionsinhaberin zu sein. Es mangelte ihr an der nötigen Kaltblütigkeit, um die Nadelstiche, ohne die es nicht abging, mit Gelassenheit hinzunehmen.

Die beiden Herren in der Pension, der Referendar Malte von Holten und der Zeichenlehrer Heininger, der aus Schleswig stammte und der Sohn einer Jugendfreundin Frau Mönks war, machten ihr freilich weder Ärger noch sonst viel Mühe. Sie nahm auch niemals Pensionäre, die ihr nicht empfohlen waren.

Malte von Holten arbeitete für sein Assessoreramen und sollte nach kurzer Zeit Berlin verlassen. An den Ärger, den die Miß Frau Mönk bereitete, hatte letztere sich nun einigermaßen gewöhnt, Thomasine pflegte lachend zu behaupten, daß ihrer Mutter etwas zu ihrer Behaglichkeit fehlen würde, wenn sich die Miß plötzlich als ein Engel an Liebenswürdigkeiten entpuppen sollte. Aber es fiel Frau Mönk immer schwer, sich mit jemandem, den sie noch nicht kannte, einzuleben. So bangte ihr auch heute vor der Hausgenossin, die ihr Schwager ihr so ohne vorherige Anfrage sandte.

Zum Glück traf es sich gut, daß das Zimmer gerade frei stand. Doch hätte unter allen Umständen Platz geschaffen werden müssen, denn Onkel Thomas war Respektsperson in der Familie, obwohl er für sie unsichtbar blieb. Vor Jahren einmal, Thomasine und Oda waren noch klein gewesen, hatte er seinen Bruder besucht.

In dem Kampf, den Frau Mönk, sobald etwas Neues an sie herantrat, immer mit sich selber zu bestehen hatte, lag etwas Rührendes. Wenn man sie nach den Preisen in ihrer Pension fragte, so pflegte sie vor Verlegenheit zu erröten und war unglücklich, wenn jemand von ihren Pensionären an der Lage der Zimmer, der Bedienung oder an den Speisen etwas auszusetzen fand.

Einsam auf dem Lande aufgewachsen, hatte sie ihre ersten Ehejahre in einer kleinen Stadt verlebt. Durch die Bescheidenheit und echte Weiblichkeit ihres Wesens hatte sie ihren Gatten bezaubert. Er hatte sie auf Händen getragen, hatte gesucht, ihr jeden Stein aus dem Wege zu räumen, und hatte sie schließlich in unsicheren Vermögensverhältnissen zurücklassen müssen. Dr. Mönk war von Geburt ein Däne gewesen, war jedoch schon früh aus Kopenhagen, seiner Vaterstadt, nach Norddeutschland gekommen und hatte sich dort bald vollkommen heimisch gefühlt. Im Gegensatz zu ihm war sein bedeutend älterer Bruder Thomas, obgleich er in Süddeutschland seinen Wohnsitz hatte, noch immer mit Leib und Seele Nordländer. Er war einer von jenen Künstlern, die zuerst eine kleine Malerkolonie auf der Insel Bornholm gegründet hatten. Durch diese Maler wurden die Naturschönheiten dieser Ostseeinsel bald erkannt, und rasch entstanden dort die eigenartigen Sommerfrischen. Doch Thomas Mönk, einer jener Entdecker Bornholms als Sommerfrische, war seit Jahren nicht mehr auf der Insel gewesen. Der Vater der Brüder Mönk, ein Großkaufmann, hatte sein beträchtliches Vermögen durch unglückliche Spekulationen verloren. Alles, was in seinem Besitz gewesen, war unter den Hammer gekommen. Daß in dem alten Familienhaus in Kopenhagen nunmehr Fremde hausten, konnte Thomas Mönk, der am Alten hing, bis heute nicht verwinden. Und deshalb mied er seine angestammte Heimat.

Thomasine war das Patenkind ihres Ohms. Ihm zu Ehren trug sie ihren ungewöhnlichen Namen. Von Rechts wegen hätte sie als ein Junge zur Welt kommen sollen — man hatte dann den Thomas in eine Thomasine umändern müssen.

Frau Mönk hatte ein zärtliches Mitleid mit ihrer Tochter, dieses, wie sie sagte, „altfränkischen" Namens wegen.

„Es läßt sich nicht einmal wohlklingend abkürzen," meinte sie dazwischen bedauernd.

Thomasine aber lachte jedesmal.

„Mir ist mein aparter Name gerade recht. Und ich bin ich, einerlei, wie ich nun mal heiße."

Es klang sicher und selbstbewußt, wenn Thomasine so redete.

Frau Mönk blickte ihre Tochter dann immer ganz ängstlich an. Wie hart würde das Schicksal am Ende so viel Freimut und Selbstsicherheit anfassen . . . „Wer sich nicht zu ducken vermag im Leben, leidet oft doppelt so schwer wie schmiegsame Naturen," dachte sie, heimlich seufzend.

Oda war das Abbild ihrer zarten, brünetten Mutter. Ihrem zweiten Kinde hatte Frau Mönk, ohne Familienrücksichten zu nehmen, nach freier Wahl einen Namen ausgesucht.

Oda Mönk war immer ein bißchen verträumt und verwöhnt. Der Mutter war schon jetzt der Gedanke um die Zukunft dieser Tochter eine Sorge. Zuweilen äußerte Oda den Wunsch, zu studieren. Das dünkte ihrer Mutter aber ungeheuerlich. In ihrer eigenen Jugend hatten die jungen Mädchen von dazumal nicht an dergleichen Dinge gedacht. Was hätte ihr schlichter seliger Vater wohl zu dieser Enkelin gesagt? Dr. Mönk hatte freilich anders in bezug auf Frauenberufe und Frauenerwerb gedacht. „Die Hauptsache bleibt, daß aus unseren Kindern tüchtige Menschen werden," hatte er stets gesagt und noch kurz vor seinem Tode seine Frau gebeten: „Laß unsere Kinder dereinst das werden, wozu sie Befähigung und inneren Drang verspüren. Daß sie die Grenzen, die der Tätigkeit einer Frau gezogen sind, niemals überschreiten werden, dafür bürgt mir dein Einfluß auf sie, Hanna. In deiner schlichten Herzensgüte wirst du immer ihr Vorbild bleiben. Es kommt im Leben im Grunde immer auf den Kern an, nicht auf das Drum und Dran."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220826-11/fragment/page=2

Berlin — München.

Neue Besprechungen.

Der Reichspräsident Ebert hat bei seiner Rede in Hamburg, als er so eindringlich von der Erhaltung der deutschen Reichseinheit sprach, dabei zweifellos seine Gedanken von der Wasserkante nach dem fernen Süddeutschland schweifen lassen, wo gerade in diesen Tagen sich Vorgänge abgespielt haben, die nicht ganz damit in Einklang gebracht werden können, daß die Interessen des Reiches für jeden Politiker und jede Partei stets obenan stehen müssen. Die Auseinandersetzungen der bayerischen Koalitionsparteien über die Berliner Abmachungen ließen mehr partikularistische Wünsche laut werden, als man in Berlin äußerst kritischen Lage der gesamten Nation verständlich finden kann. Inzwischen hat sich aber die Lage doch soweit geklärt, daß man eine Einigung binnen kurzem voraussehen kann.

Vor allem ist zu beachten, daß die bayerische Mittelpartei mit ihren radikalen Forderungen im Kabinett nicht durchgedrungen ist. Die Wünsche der bayerischen Volkspartei aber sind im wesentlichen formaler Natur und bringen keine sachliche Änderung der Berliner Vereinbarungen mit sich. Die bayerische Regierung hat daher bei der Reichsregierung mitteilen lassen, daß es sich bei der auf den 18. August verabredeten Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung nur um eine Verzögerung von einigen Tagen handeln werde, und in Berlin denkt man natürlich nicht daran, der bayerischen Regierung, die ohnedies genug Schwierigkeiten mit ihren eigenen Parteien hat, daraus einen Strick zu drehen. Man beurteilt in Berlin die ganze Angelegenheit überhaupt durchaus ruhig und hält sich von jedem unbegründeten Pessimismus fern.

Zunächst verhandelten der bayerische Gesandte von Preger und der Reichsernährungsminister Fehr mit dem Reichskanzler. Außerdem aber kamen am Sonnabend die bayerischen Minister Schweyer und Gürtner wieder nach Berlin, um nochmals mit der Reichsregierung über die deutsch-bayerischen Verhandlungen Fühlung zu nehmen. Dabei kann nicht von neuen Verhandlungen gesprochen werden, die das Ergebnis der in Berlin mit dem Grafen Lerchenfeld geführten Besprechungen beeinflussen könnten, vielmehr handelt es sich lediglich um eine Rücksprache, um die seinerzeit verabredeten Garantien für die Wahrung der bundesstaatlichen Hoheitsrechte im einzelnen festzulegen.

Kündigung des Ausgleichsabkommens

30 Goldmillionen bis 15. September verlangt.

Bekanntlich hat die deutsche Regierung von den am 15. August fälligen 40 Goldmillionen für die Ausgleichszahlungen nur den vierten Teil bezahlt und wegen des Restes um Aufschub nachgesucht. Nunmehr haben die Alliierten (entsprechend einem Londoner Gutachten der Sachverständigen) in einer gemeinsamen Antwort auf die deutsche Note vom 14. Juli mit dem Stundungsgesuch mitgeteilt, daß die alliierten Regierungen die Zahlung von zwei Millionen Pfund, die am 15. August geschuldet wurde, binnen vier Wochen von diesem Tage an fordern. Von diesem Tage an beabsichtigen sie das Abkommen vom 10. Juni 1921 zu kündigen und Schritte zu tun, um einzeln mit der deutschen Regierung Abmachungen über die Regelung aller Salden zu treffen. Diese Abmachung soll der Reparationskommission unterbreitet werden. Aus dieser Note ergibt sich, daß auf dem Gebiete der Ausgleichszahlungen weitere Barzahlungen von der deutschen Regierung bis Mitte September nicht gefordert werden. Das erwähnte Abkommen vom 10. Juni 1921 regelte die im Friedensvertrag vorgesehene Ausgleichszahlung durch Einführung regelmäßiger Pauschalsummen von monatlich zwei Millionen Pfund.

Bradbury kommt nach Berlin.

Auf der Suche nach einer Verständigung.

Die Reparationsfrage, die in London total festgefahren war, soll jetzt auf ein neues Gleis geschoben werden, da man nicht nur in Berlin, sondern auch in Paris nicht vor- und rückwärts weiß. Die Reparationskommission hat aus leicht erschließlichen Gründen noch keine Entscheidung in der Reparationsfrage gefällt. Man war sich darüber klar, daß eine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß keine Lösung der Frage bedeuten würde. Eine Ablehnung des Moratoriums hätte nicht genügt, um aus Deutschland die Mittel herauszuholen, die Frankreich benötigt. Andererseits hätte die Gewährung eines Moratoriums wahrscheinlich zu einer Sprengung der Reparationskommission und zum Austritt Frankreichs aus ihr geführt. Infolgedessen entschloß man sich, im Einverständnis mit der französischen Regierung den Weg

direkter Verhandlungen mit der deutschen Regierung

durch Mitglieder der Reparationskommission zu beschreiten. Der zweite Vorsitzende der Reparationskommission, der vielgenannte Engländer Sir John Bradbury und ein französischer Vertreter der Kommission werden sich voraussichtlich schon in den nächsten Tagen nach Berlin begeben, um mit der deutschen Regierung die Möglichkeiten der Lösung der Reparationsfrage durchzusprechen. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, so wird wahrscheinlich auch die deutsche Regierung ihrerseits bereit sein, die direkten Verhandlungen mit den Mitgliedern der Reparationskommission aufzunehmen und ihnen alle Unterlagen für die Beurteilung der deutschen Finanzlage und der deutschen Zahlungsfähigkeit zu geben und mit ihnen nach dem besten Ausweg aus der prekären Situation zu suchen.

Von Nah und fern.

Der Telegraphisten-Wettstreit zu Berlin. Im Berliner Postmuseum begrüßte Reichspostminister Giesberts die Teilnehmer am Internationalen Telegraphisten-Wettstreit und kurz hinterher den internationalen Kongreß des Personals der Posten und Telegraphen. Am Wettstreit sind die meisten europäischen Staaten — bis auf England, Frankreich, Belgien und Polen — beteiligt, auch Rußland hat eine Anzahl Vertreter entsandt. Die Eröffnung des Wettstreites erfolgte durch eine Festsitzung im Reichstage. Die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprachen werden durch ein auf der Rednertribüne aufgestelltes Mikrophon nach der Funkenstation Königswusterhausen geleitet und von dort drahtlos telephonisch über ganz Europa verbreitet. — Im ehemaligen Herrenhause ist eine Ausstellung der deutschen Post- und Telegraphenbeamten, in welcher gezeigt wird, wie die Beamten und Beamtinnen neben ihrer Berufsarbeit auch noch Zeit finden, sich künstlerisch zu betätigen auf dem Gebiet der Malerei, der graphischen Darstellung, Literatur, Tonkunst, der technischen Erfindungen, durch Nadelarbeiten, Herstellung von Schmucksachen usw.

Riesenbrand in Berlin. In den Lagerräumen der Firma Hasselberg und Klinitzword, Benzin und Öl, brach ein Feuer aus. Der sofort herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, die unter der Erde befindlichen Öl- und Benzinvorräte zum größten Teil zu retten, während die in den Fabrikräumen lagernden Vorräte ein Raub der Flammen wurden. Der Schaden geht in die Millionen. Die durch die Explosion der Benzin- und Öltanks hervorgerufenen Detonationen waren deutlich in allen Stadtteilen zu hören. Das Nachbargrundstück der Nensing-Kommanditgesellschaft, auch Benzin und Öl, wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Bei den Löscharbeiten erlitten drei Feuerwehrleute Brandwunden. Man vermutet Brandstiftung.

Feuer in einer Schule. In der Nacht brach in dem Waldpädagogium in Zobten am Berge Feuer aus, welches das Gebäude bis auf die Umfassungsmauern niederlegte; die 150 Kinder konnten geweckt und notdürftig bekleidet unter Zurücklassung ihrer Habe ins Freie gerettet werden.

Der Postschwindler. Wie erst jetzt festgestellt wurde, hat der Kreditbriefsfälscher, der kürzlich in Berlin innerhalb einer Stunde achtzehn Postämter um rund siebzigtausend Mark betrog, auch in Leipzig dasselbe Schwindelmanöver unternommen. Er ist im Auto in rasender Fahrt bei neunzehn Postämtern vorgefahren, hat überall denselben gefälschten Kreditbrief über dreitausend Mark vorgezeigt und so im ganzen anstandslos siebenundfünfzigtausend Mark erbeutet.

Eine Neuerung in der protestantischen Kirche. Die Klosterkirche zu Berlin, eine der ältesten Kirchen der Stadt, in der Altstadt gelegen, ist jetzt auch an den Wochentagen ein paar Stunden täglich zu stiller Andacht geöffnet. Zu diesem Zwecke ist die Kirche vom Zentralausschuß für innere Mission für fünf Jahre gepachtet. Von 3 bis 5 Uhr steht der Besuch jedem frei. Das ist die Übertragung einer katholischen Sitte auf den protestantischen Gottesdienst. Noch ist die Einrichtung wenig bekannt.

Die neuen Gehaltszuschläge.

38 Prozent Gesamtsteigerung.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter haben zu einer auch vom Kabinett bereits gebilligten Übereinkunft geführt. Den Beamten wurde ein Zuschlag von 127 Prozent zum Teuerungszuschlag, den Arbeitern eine Stundenlohnerhöhung von 11 bis 12 Mark zugebilligt. Das bedeutet eine durchschnittliche Erhöhung von 38 bis 39 Prozent der Gesamtbezüge. Die Neubelastung für Reich und Länder beläuft sich auf schätzungsweise 110 bis 125 Milliarden.

Die Gewerkschaften erklärten, daß sie die vorgeschlagene Regelung nicht als einen vollen Ausgleich für die Härten der Teuerung betrachten könnten, da sie sich aber vor die Notwendigkeit gestellt sehen, ihren Mitgliedern sofort dare Mittel zuzuführen, müßten sie das Angebot der Regierung als eine Abschlagszahlung hinnehmen und sich vorbehalten, bald mit neuen Forderungen an die leitenden Stellen heranzutreten. Die Regierung hat ferner zugesagt, in kurzer Zeit Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Neuregelung der Aufwandsentschädigung, Reisekosten, Wirtschaftsbeihilfe, Besatzungszulage, Nachtgelder usw. zu eröffnen. Die Regierung hat bereits die Kassen aller Dienststellen im Reiche durch Kreistelegramme angewiesen, auf Grund des Abkommens mit den Gewerkschaften die Auszahlungen für den Monat August vorzubereiten.

Neue Tariferhöhungen.

Es ist schon jetzt klar, daß wieder in erster Linie Eisenbahn und Post zur Aufbringung der notwendigen Summen herangezogen werden müssen, d. h. daß die bereits vorgesehenen Erhöhungen der Tarife nicht ausreichen werden. Der Beirat beim Reichspostministerium ist bereits zu einer Besprechung für die nächste Zeit geladen worden, damit er sich mit der Frage der Erhöhung der Postgebühren befaßt. Auch die sogenannten Eisenbahntariferhöhungen müssen voraussichtlich überschritten werden.

Enver Pascha gefallen.

Im Nahkampf gegen bolschewistische Truppen.

Der frühere Oberbefehlshaber der türkischen Armee im Weltkriege, Enver Pascha, hat am 4. August bei einem Gefecht mit russischen Truppen den Tod gefunden. Vor dem Kriege war er einer der führer der jungtürkischen Bewegung und stand stets in vorderster Reihe, im Kampfe gegen die früheren Zustände. Er stammte aus kleinen Verhältnissen, wurde Offizier, dann türkischer Militärattaché in Berlin. Er wurde manchmal als eine Art Nationalheros der Türkei betrachtet, war sicherlich von kühnem soldatischen Geist, zeichnete sich durch Mut und militärisches Führertalent an den verschiedensten Stellen aus und stieg schnell zum Kriegsminister, Generalissimus und Schwiegersohn des Sultans. Während des Weltkrieges führte er die Türkei mit seinen Gesinnungsgenossen Djemal Pascha und Talaat, beide inzwischen ermordet, an die Seite Deutschlands. Nach dem Zusammenbruch verurteilte ihn ein Kriegsgericht in Konstantinopel zum Tode auf Betreiben der Entente. Er machte sich daraus nichts, tauchte in Moskau auf und stellte sich der Sowjetregierung zur Verfügung, um mit Hilfe der russischen Mohammedaner einen Zug zur Eroberung Asiens zu unternehmen. Aus dem Plane wurde nichts, und nun bekämpfte er die Sowjetregierung, indem er eine türkische Armeeabteilung aufstellte und an der Grenze von Buchara gegen die Sowjettruppen manövrierte. Dort ist er jetzt gefallen.

Ein abenteuerliches Leben, das manchmal einen Zug in die Linie der großen Eroberer annahm, hat so ein rechtes Landsknechtsende genommen. Man wird in der Türkei noch lange von ihm sprechen, wenn dem landläufigen Charakterbilde auch die dunklen Schatten nicht fehlen. Eindämmungslose persönliche Bereicherungssucht, das Fehlen jeder Rücksicht auf das Wohl des leidenden Volkes und ähnliche nicht besonders blendende Züge wurden ihm wie seinen Freunde Talaat wohl nicht mit Unrecht nachgesagt.

Kennst du das Land ...

Roman von Hedda v. Schmid.

8] (Nachdruck verboten.)

Thomasine in ihrer resoluten, achtzehnjährigen Weisheit erklärte öfter, daß es für jeden Menschen das einzig Richtige wäre, ganz auf eigenen Füßen zu stehen, unabhängig von der Unterstützung anderer, sich, wenn es nötig sein sollte, seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Frau Mönk dagegen fand, daß der einzig richtige Beruf der Frau die Ehe wäre. Dem widersprach Thomasine dann eifrig und behauptete, sie hielte es für unwürdig, dazusitzen und darauf zu warten, bis jemand sich herabließe, um sie anzuhalten.

Frau Mönk schüttelte mit dem Kopf dazu: „Kind, als ich deinen Vater kennen lernte, da sagte ich mir gleich: Den könntest du von Herzen lieb gewinnen, und wenn zwei einander lieb haben, so ist von Herablassung von der einen oder der anderen Seite doch nicht die Rede."

Frau Mönks Züge verjüngten sich förmlich, wenn sie ihrer eigenen Brautzeit gedachte.

Doch Thomasine ließ sich nicht überzeugen, sondern meinte spröde, die Männer wären sicherlich fast ohne Ausnahme viel zu sehr von sich selber eingenommen, die Männer von heute. Und was sie anbeträfe, so würde sie dem Beispiel ihres Taufpaten folgen — Onkel Thomas wäre doch auch unvermählt geblieben und befinde sich ohne Zweifel sehr wohl dabei.

„Wer weiß — vielleicht hat Onkel Thomas einstmals eine unglückliche Liebe gehabt," warf Oda träumerisch ein.

„Ach wo, das ist ihm ganz bestimmt nicht eingefallen," meinte Thomasine. „Onkel Thomas liebt einzig und allein seine Kunst. Er hat ja nicht einmal Zeit und Lust dazu, nachzusehen, wie es uns, seinen allereinzigsten nahen Verwandten hier geht."

In Frau Mönk war bei der Bemerkung ihrer jüngeren Tochter eine Erinnerung aufgestiegen; ihr war es plötzlich, als habe ihr Gatte einmal gelegentlich eine Äußerung darüber fallen lassen, daß sein Bruder Thomas in seiner Jugend eine herbe Herzenstäuschung erlitten habe.

„Bedenkt doch, Kinder," sagte sie entschuldigend, „daß Onkel Thomas nahe an Siebzig ist, da denkt man nicht mehr so ohne weiteres ans Herumreisen."

Thomasine beschäftigte sich oft lebhaft mit diesem einzigen Bruders ihres Vaters. Es hatte etwas Kränkendes für sie, daß er den ihrer Meinung nach nötigen Familiensinn ganz außer acht ließ. Alljährlich zu Weihnachten sandte er seiner Schwägerin eine ansehnliche Summe zu Geschenkzwecken für die Kinder — Thomasine jedoch wäre es lieber gewesen, wenn der Ohm selber die Gaben für seine Nichten, die er allerdings nur als Kinder kannte, ausgewählt haben würde.

„In deinem Ungestüm möchtest du immer alle Welt nach deinen eigenen Begriffen ummodeln," tadelte Frau Mönk diese Unzufriedenheit ihrer Tochter. Sie selber fühlte sich dem Schwager innerlich vollkommen entfremdet; sie wußte aber, daß ihr seliger Mann große Stücke auf seinen Bruder gehalten hatte. Es wäre ihr niemals eingefallen, Onkel Thomas um materielle Hilfe anzugehen. Bis jetzt war ja auch, dank ihrer Sparsamkeit und Anspruchslosigkeit, die Not ihrer Tür ferngeblieben.

Seit Jahren lebte Thomas Mönk für seine Umwelt wie verschollen. Man hörte auch schon lange nichts mehr von neuen Schöpfungen des Künstlers, dessen Bilder seinerzeit viel von sich reden gemacht hatten. Frau Mönk wußte überhaupt so gut wie nichts von ihm. Daß er heute ihre Hilfsbereitschaft für eine ihm augenscheinlich nahestehende Persönlichkeit durch die ausführliche Depesche in Anspruch genommen hatte, berührte sie angenehm, denn durch die reichlichen alljährlichen Weihnachtsgeschenke fühlte sie sich gewissermaßen in seiner Schuld.

Frau Mönk griff nach dem Strickzeug — sie liebte diese Beschäftigung, bei der es sich so bequem lesen ließ —, doch ihre Aufmerksamkeit war heute nicht wie sonst bei ihrem Buch, sie dachte an die neue Hausgenossin, die ihrer mütterlichen Obhut so warm empfohlen worden war.

Inzwischen hatte Oda ihre Schulaufgaben beendet und gesellte sich zu ihrer Mutter in den Lichtkreis der Tischlampe.

Bald darauf erschien auch Thomasine, und alle drei besannen sich in unverhohlen gespannter Erwartung.

„Hoffentlich ist unsere neue Pensionärin nicht sehr anspruchsvoll," gab Frau Mönk nach einem kurzen Schweigen ihren besorgten Gedanken Worte.

Thomasine war in ihrer raschen Art hinz „Mutter, sorge dich nicht unnütz, wir werden schon mit ihr fertig werden."

Es schellte an der Haustür. Oda ging eilig davon, um zu öffnen. Aber es war nicht die Erwartete, sondern Klas Heininger, der junge Zeichenlehrer, der ganz verschnitt war und behauptete, „es wäre heute ein Weltuntergangsweiter."

Klas Heininger war eine schlanke, mittelgroße Erscheinung mit hübschen Augen, etwas nervösen Gesichtszügen. Er sah fast immer müde und überarbeitet aus. Seine Mutter, eine Lehrerswitwe aus Schleswig, hatte schon seit längerer Zeit die Absicht, nach Berlin zu ziehen, aber sie schob ihre Übersiedlung in die Großstadt, vor deren lautem Treiben ihr, die an fast ländliche Stille gewöhnt war, bangte, noch immer hinaus.

Klas Heininger sah so verfroren aus, daß Frau Mönk in mütterlicher Besorgnis vorschlug, nicht länger mit dem Abendessen zu warten.

Gerade als man an dem gedeckten Tisch im anstoßenden Speisezimmer Platz nahm, ging wiederum die Hausglocke — diesmal zaghaft, als begehre jemand Einlaß, der sich nicht recht getraue, einzutreten.

„Das ist sie," riefen Thomasine und Oda zu gleicher Zeit und sprangen auf, um selber zu öffnen, doch Klas Heininger kam ihnen beflissen zuvor und war als erster an der Tür, in deren Rahmen man gleich darauf im Schein des elektrischen Treppenlichts eine schlanke, schwarzgekleidete Mädchengestalt erblickte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220826-11/fragment/page=3

neten Sonderausstellungen bilden neben der Reichhaltigkeit der Ausstellungshallen für die Besucher. In den Hallen war kaum durchzukommen, da sich naturgemäß die Hauptmasse der Besucher auf sie verteilte. Daß das Wetter eher kühl als heiß war, konnte man nur begrüßen; die Luft in den großen Hallen ist so „dick", daß man das Nichtvorhandensein von Ventilatoren lebhaft bedauert. Vielleicht kann hier noch Abhilfe geschaffen werden.

— **Starke Verminderung der Schulkinder.** Am 25. Nov. 1921 wurde in Preußen eine schulstatistische Erhebung veranstaltet. Sie hatte recht erfreuliche, aber auch ein recht unerfreuliches Ergebnis. Erfreulich ist, daß sowohl die Zahl der Schulen wie auch der Schulstellen einen erheblichen Zuwachs aufweisen und daß namentlich die Anzahl der auf eine Schulstelle entfallenden Schüler ganz erheblich gesunken ist. Unerfreulich dagegen ist, daß die Gesamtzahl der Schulkinder recht gewaltig abgenommen hat. Die nachstehend zum Vergleich herangezogenen Zahlen aus dem Jahre 1911 beziehen sich sowohl beim gesamten Staat Preußen, wie bei den einzelnen Landesteilen auf den heutigen Umfang. Die abgetretenen Gebiete sind dabei abgerechnet. Im gesamten Staat Preußen gab es 32 495 Schulen im Jahre 1911, dagegen 32 639 im Jahre 1921. Sie haben sich also um 144 vermehrt. Die Zahl der Schulstellen stieg von 101 646 auf 116 319. Sie weisen also eine Vermehrung von 13 373 auf. Im Jahre 1911 kamen auf eine Schulstelle im Durchschnitt 54,8 Schüler, 1921 aber nur noch 46,5. Die Gesamtzahl der Schulkinder aber ging von 5 573 626 auf 5 362 998 zurück. Hier ist eine Verminderung von 210 628 eingetreten. Der starke Geburtenrückgang in den Kriegsjahren fängt nun an, sich in den Schulen geltend zu machen. In den folgenden Jahren wird er noch stärker in Erscheinung treten.

— **Der Gesetzentwurf für die Umstellung der staatlichen Bergwerke,** Hütten und Salinen ist im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe als Referentenentwurf fertiggestellt und hat bereits die Zustimmung der Berghauptleute sowie der Präsidenten der Direktionen und fast aller Direktoren der staatlichen Werke gefunden. Er bezweckt die Umstellung der staatlichen Betriebe des Bergbaues auf bessere wirtschaftliche Ertragsfähigkeit. Im Oktober soll der Entwurf dem Landtag zugehen.

— **Erhöhung der Gepäckfracht.** Mit Rücksicht auf das schnelle Sinken des Geldwertes sowie darauf, daß zum 1. September die Güter- und Expreßfrachten sich um 50 Prozent erhöhen, wird die für den 1. Oktober vorgesehene Erhöhung der Gepäckfracht auf 10 Pf. für 10 Kg. und 1 Kilometer schon am 1. September in Kraft treten. Die Gepäckfracht wird am 1. Oktober um weitere 50 Prozent erhöht. Von diesem Tage ab beträgt also der Einheitssatz 15 Pf. für 10 Kg. und 1 Km. und die Mindestfracht 15 Mark.

— II. **Hypothen für gemeinnützige Bauten.** Die provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaft „Niedersächsische Heimstätte" in Hannover schreibt uns: Gemeinden und gemeinnützige Bauvereinigungen begegnen häufig Schwierigkeiten bei der Beschaffung der von einem Geldgeber geforderten Bürgschaft für II. Hypotheken. Diese Bürgschaft kann auch vom Staate übernommen werden. Mit der Durchführung ist die Preußische Zentral-Genossenschaftsbank betraut. Diese teilt mit, daß von dieser Vergünstigung bisher in geringem Umfange Gebrauch gemacht worden sei, und Schreibt die Schuld daran dem Umstande zu, daß wohl verschiedene Bestimmungen in der Ausführungsanweisung Anstoß erregt haben. Die Erschwerungen sind jedoch bei der praktischen Handhabung durch die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse ausgeschaltet worden, sodaß allen Interessenten zu empfehlen ist, die Staatsbürgschaft in Anspruch zu nehmen. Die Niedersächsische Heimstätte in Hannover, Lavesstraße 39, ist zur Entgegennahme und Vorprüfung der Anträge bereit.

— **Zur bevorstehenden Leipziger Herbstmesse** verkehren 34 Sonderzüge mit Preisermäßigung aus Deutschland, ohne die Rückzüge, daß kommen stehen Sonderzüge aus dem Auslande. Die Zahl der inländischen Verwaltungssonderzüge steht noch nicht fest. Weit über 20 000 Interessenten haben bereits Fahrkarten zu ermäßigten Preisen in Leipzig gelöst.

Stiege a. H. Die Nahrungsversteigerungen des Forstes in dem Orte Stiege a. H. brachten insgesamt den Erlös von 6 335 956 Mark, obwohl der Taxwert nur 563 436 Mark betragen hatte. Das ist eine Uebertwertung von über 1100 Prozent. Bei dem Brennholz wurde die Taxe um 3103 überschritten. Der Gesamterlös stellte sich auf 3 254 950 Mark.

Eckarlsberga. Erdölquellen. Im Kreise Eckardsberga, wo schon vor sieben Jahren Erdöl festgestellt wurde, hat man jetzt von neuem einen Bohrturm aufgestellt, um den Quellen nachzugehen. Man hoff, ergiebigere Erdölquellen anzutreffen, die eine systematische Ausbeutung ermöglichen. Die Arbeiten wurden durch den Krieg seinerzeit stillgelegt.

Elsterwerda. Zahlungseinstellung der Stadt. Die Stadtverordneten lehnten den Etat mit 9 gegen 6 Stimmen ab. Nach der Ablehnung erklärte der Bürgermeister, daß die Stadt, da ihr die Mittel verweigert werden seien, notgedrungen auch die Zahlungen einstellen müßte.

Bleicherode. Der Landwirt Credo aus Oberdorf hatte auf dem Pferdemarkt ein Pferd im Werte von 60 000 Mark gekauft, mit dem er bei Teilzahlungen von den Verkäufern angehalten wurde, die es ihm wieder abnahmen unter der Begründung, er habe nur 50 000 Mark bezahlt. Die sofort aufgenommene Verfolgung der Straßenräuber blieb ohne Erfolg.

Vermischtes

* **Ausheben einer Falschgeld-Druckerei.** Durch die Aufmerksamkeit eines Bankbeamten ist es der Reichsbank-Falschabteilung gelungen, die Hersteller von brasilianischen 50-Milreis-Noten zu verhaften und die gesamte Druckauflage zu beschlagnahmen, bevor noch ein Stück ausgegeben werden konnte. Ein bei der Berliner Commerz- und Privatbank tätiger Direktor hat in einer Reihe von Fällen verdächtige Einzahler falscher Banknoten der Polizei übergeben und dadurch vor einer Jahren bereits einmal die Aufdeckung einer geheimen Druckerei falscher englischer Pfundnoten herbeigeführt. Jetzt wieder legte bei dieser Bank ein Kellner falsche 50-Milreis-Noten im Werte von 40 000 Mk. vor. Man ließ den Einzahler festnehmen und der Reichsbank-Falschgeldabteilung zuführen. Der Verhaftete gestand, daß er die Noten in Frankfurt a. O. einem Kaufmann Kramer, der sich auf der Rückreise nach Brasilien dort aufhielt, entwendet habe. Die Frankfurter Polizei wurde sofort durch den Fernsprecher verständigt und konnte den Kaufmann noch in dem Augenblick verhaften, als er gerade im Begriff stand, abzufahren und 4000 Stück der falschen Banknoten beschlagnahmen. Kriminalkommissar v. Stuvermann sandte Beamte nach Frankfurt a. O. Der verhaftete Kramer gestand nun, daß er die Noten mit mehreren anderen Personen in Köln selbst angefertigt habe. Daraufhin nahmen die beiden Beamten mit Unterstützung der Ortspolizei einen Ingenieur Wolffskohl in Köln und in Barmen einen Maschinenkonstrukteur Focke und einen Verlagsdirektor Meyer fest. Die Verhafteten mußten angeben, die Noten mit Kramer zusammen auf einer Druckmaschine in mehrtägiger Arbeit gedruckt zu haben.

* **Verhaftung eines Berliner Bankbetrüganten in Wien.** Aus Wien wird gemeldet: Vom Polizeipräsidium in Berlin traf vor wenigen Tagen ein von dem Kommissar Riemann unterzeichnetes Telegramm bei der Wiener Polizeidirektion ein, in welchem mitgeteilt wurde, daß aus Berlin der in Potsdam wohnhaft gewesene Beamte der Darmstädter Nationalbank in Berlin, Walter Hansen, nach Unterschlagung von Effekten im Werte von 220 000 Mark geflüchtet sei und daß er sich in Wien aufhalten dürfte. Es wurde ersucht, nach dem Flüchtigen zu fahnden und seine Verhaftung durchzuführen. Nun ist der flüchtige Bankbeamte in Wien verhaftet worden. Zur Kriminalpolizei gebracht, gab er seine Identität mit dem Verfolgten zu und legte ein Geständnis ab. Bei Hansen fand man noch eine Million österreichischer Kronen und 6300 Mark. Das übrige Geld hatte er bereits verausgabt. Von der Festnahme des Bankbetrügers, der sich in Wien für einen Kaufmann aus Hannover ausgegeben hatte, wurden die Wiener deutsche Gesandtschaft sowie auch das Berliner Polizeipräsidium in Kenntnis gesetzt. Hansen wurde bis zur Erledigung des Auslieferungsverfahrens dem Landesgericht eingeliefert.

Kirchliche Nachrichten

Elbingerode. Pastor prim. Abert.

½ 10 Gottesdienst. 1 Uhr Christenlehre für Konf. und Vorkonf. 2 Uhr Kinderkirche (3.—6. Schuljahr).

Hüttenorte. J. V. Pastor prim. Abert.

Königshof 11 Uhr Gottesdienst.

Heute morgen 1½ Uhr entschlief nach kurzer Krankheit unerwartet meine liebe Frau unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter u. Schwester

Auguste Schröder

geb. Treulieb

Im Alter von 65 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Fritz Schröder
Carl Treulieb
Fritz Schröder u. Frau
Gustav Schröder u. Frau
Frieda Schlue geb. Schröder
Willi Schröder
Frieda Findeisen als Braut
u. Verwandte

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 4 Uhr statt.

Elbingerode, den 26. 8. 1922.

Tierschau

Die Rindviehschau findet Mitte September statt, ausstellen können nur Mitglieder des landwirtschaftlichen Vereins. Sollten noch ins Herdbuch eingetragene Tiere vorhanden sein deren Besitzer nicht Mitglied des landwirtschaftlichen Vereins ist und trotzdem ausstellen will, muß derselbe die Mitgliedschaft durch 10 Mark Eintritt und 14 Mark Jahresbeitrag erwerben. Die Anmeldung sämtlicher auszustellenden Tiere welche 6 Monate im Besitz des Ausstellers sein müssen hat, spätestens bis 3. September zu erfolgen.

Der Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins.
Lierath.

Harzziegenzuchtverein.

Die Vereinsmitglieder werden ersucht, zu der demnächst stattfindenden

Tierschau

Anmeldungen spätestens bis zum 1. September bei dem unterzeichneten Vorsitzenden einzureichen. Es wird bemerkt, daß auch die Ziegen von Nichtmitgliedern von hier und den Hüttenorten zur Schau zugelassen werden und dieselben ebenfalls bis dahin anzumelden sind.

Elbingerode, den 26. August 1922.

H. Kohlrusch.

Eine Ziege
mit Lamm
zu verkaufen.
Mauer, Hornberg.

Zahnpraxis
G. E. Schurigsen, Dentist
Elbingerode, Untere Schulstr.
Sprechzeit: 9—1 u. 2—7 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr.

Elbingeröder

Konsum-Verein
e. G. m. b. H.
zu Elbingerode.

Vermögens-Bilanz

für die Zeit v. 1. Januar 22 bis 30. Juni 1922.

Aktiva.

	Mark
Utensilien-Konto	14,—
Immobilien-Konto	200,—
Effekten-Konto	1151,—
Geschäftsant. Spar- u. Darlehnskasse-Konto	100,—
Kautions-Konto	4000,—
Sparkasse-Konto	218 915,43
Kasse-Konto	5215,67
Fernsprech.-Konto	1000,—
Waren-Konto	202 100,—
	432 696,10

Passiva.

	Mark
Dispositionsfonds-Kto	4000,—
Mitgliederguthaben Kto.	9728,34
Kautions-Konto	4000,—
Spareinlagen Konto	7431,35
Sparer Konto	11 858,85
Reservefonds-Konto	18 222,95
Umsatzreserv-Konto	7746,—
Bäckerei Konto	44 596,14
Tantieme-Konto	13 004,70
Gewinn-Konto	312 112,77
	432 696,10

Vorstehende Bilanz ist von den dazu ernannten Revisoren Herrn Aug. Schmiet Fritz Spormann am 11. August 22 geprüft für richtig und mit den Büchern des Vereins in Uebereinstimmung befunden worden.

Mitgliederbestand
am 31. 12. 21 = 660
Zugang bis 30. 6. 22 = 50
Mitgliedersb. a. 31. 6 22 = 710

Der Verein arbeitet mit beschränkter Haftpflicht und zwar mit einer Haftsumme von 30 Mark für jedes Mitglied, es ergibt sich sonach eine Haftsumme auf 710 Mitglieder Mk. 21 300 gegen Schluß Dezember 21 mehr 1500 Mk.

Die Mitgliedergutaben haben sich vermehrt Mk. 445,90.

K. Spengler K. Holland.
Fritz Lüttich.

Monopol-Trinkbranntwein
35%
¾ Liter 81 Mark
für die leere Flasche werden 10 Mark zurückvergütet.
Zu haben bei
E. Lüder's Nacht.

Statt besonder. Anzeige!
Wieder hat eine böse Krankheit-Liebe-eine treue Seele aus unserer Mitte gerissen.
Uns. herzlichstes Beileid!
R- u. Sch. „B."

Handwagen
vorrätig bei
E. Lüder's Nacht.

Lumpen
Knochen
altes Eisen
Papier
Wollabfälle
kauft ständig zu höchsten Tagespreisen
Fr. Berger jun.
Wilhelm- Ecke Pfarrstr.

Neue saure Gurken
empfiehlt
Ernst Lüders Nacht.

Sensen
empfiehlt
Ernst Lüders Nacht.

Wiesenverkauf.

Wegen Erbschaftsauseinandersetzung wird die am Klingenberge belegene etwa

1¼ Morgen große Wiese

verkauft.

Rothehütte **Spengler's Erben.**

Künstler-Tischdecken
waschecht empfiehlt
Walter Hüther

Die beste Milchschleuder der Gegenwart
ist der
Spezial-Separator.
Bereitwilligste Auskunft über diese Maschinen erteilt jederzeit unverbindlich
H. Rensch.
— In allen Größen am Lager —

Kaufe ständig gewaschene
Strumpfabfälle
zahle die höchsten Preise
Adolf Zander

Portoersparnis!
Postkarten
im neuen Format, 10,7×15,7 cm (Paketkarten-Grösse), sind wieder vorrätig in der
Geschäftsstelle des Harz-Boten.

Nutze dein Herdfeuer!

Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt und bleicht die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.)*

**) Um alle Vorteile voll auszunutzen, ist die Befolgung der Paket-Gebrauchsanweisung nützlich. Persil wird in kaltem Wasser aufgelöst und wirkt am besten ohne Zusatz von Seife und Seifenpulver.* 21

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220826-11/fragment/page=4

Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 24. durch die Post bezogen Mark 27.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 70 Pfennig, nach auswärts Mark 1.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 68 — Sonnabend, den 26. August 1922 — 56. Jahrgang

Amtliches

Kreis Ilfeld.

Bekanntmachung.

A. Der Gebührentarif für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Regierungsbezirke Hildesheim wird auf Anordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den Umfang des Regierungsbezirks mit Ausnahme der Städte Hildesheim, Göttingen, Goslar, Nordheim, Osterode, Duderstadt, Münden und Peine wie folgt festgesetzt:

I.

Die Tierbesitzer haben an die bei der Fleischbeschau tätigen Tierärzte oder an die Fleischbeschauer für die Ausübung der ordentlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau die nachstehenden Gebühren zu entrichten: a) Einhufer je Tier 83,00 Mk, dazu Fahrkosten wie bei der Ergänzungsfleischbeschau; b) Rinder (ausschließlich Kälber) je Tier 62,00 M. c) Schweine (einschließlich Trichinenschau) je Tier 48,00 Mk. d) Schweine (ausschließlich Trichinenschau) je Tier 36,00 Mk. e) Schweine (Trichinenschau allein) je Tier 22,00 Mk. f) Sonstiges Kleinvieh (Kälber, Schafe, Ziegen usw.) je Tier 22,00 Mk. g) Ferkel, Zickel, Lämmer je Tier 15,00 Mk.

Von den Tierbesitzern erhobene Gebühren sind an die Polizeikasse zur Deckung der polizeilichen Beschaukosten abzuführen:

a) von den Fleischbeschauern von der Gebühr

	A	B	C
1. eines Rindes	7,00	6,00	5,00 M.
2. eines Schweines (einschließl. der Trichinenschau)	6,00	5,00	4,00 M.
3. eines Schweines (ausschließlich der Trichinenschau)	5,00	4,00	3,00 M.
4. sonstiges Kleinvieh (Schaf, Kalb, Ziege)	3,00	2,50	2,00 M.
5. Ferkel, Zickel, Lämmer	2,00	1,50	1,00 M.

b) von den Tierärzten von der Gebühr in allen

Klassen	A	B	C
1. eines Rindes	6,00 M.		
2. eines Schweines (einschließlich der Trichinenschau	5,00 M.		
3. eines Schweines (ausschließlich der Trichinenschau)	3,50 M.		
4. sonstigen Kleinviehs (Schaf, Kalb, Ziegen)	2,50 M.		
5. Ferkel, Zickel, Lämmer	1,50 M.		

Die Tierärzte erhalten für jeden Fall der Ergänzungsbeschau als Einfuhrsuntersuchungsgebühr für alle Tiergattungen die für die Einhufer nach Ia festgesetzte Gebühr und an Fahrkosten die jeweiligen Fahrkosten der Kreistierärzte, welche zur Zeit bei Eisenbahnreisen für 1 km 80 Pfg. sowie für Hin- und Rückgang vom Wohnorte je 1,50 M. und bei Landwagenreisen für 1 km 4,00 Mk. betragen.

Für die Benutzung fremden Fuhrwerks werden die Auslagen in nachgewiesener Höhe erstattet. Die Benutzung von Kraftfahrzeugen darf nicht in Berechnung gebracht werden.

Die Fahrkosten dürfen lediglich aus Anlaß der Ergänzungsbeschau ausgeführt sein. Der Grundsatz, daß in Bezirken, in denen ein Tierarzt oder ordentlicher Beschauer oder Vertreter des ordentlichen Beschauers ist, für Ergänzungsbeschauzüge keine besonderen Gebühren zu erhalten sind, bleibt unberührt. Es dürfen also in solchen Bezirken auch bei Notschlachtungen keine Sondergebühren erhoben werden.

Bei Notschlachtungen im Sinne des § 1 des Reichsgesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900, in denen die Zuziehung eines Tierarztes notwendig wird, erhält der Tierarzt außerhalb seines ordentlichen Fleischbeschaubezirks Gebühren und Reisekosten wie bei der Ergänzungsfleischbeschau aus der Volkskasse. Er hat aber die Gebühren für die ordentliche Fleischbeschau von dem Besitzer einzuziehen und sie in dem Forderungsnachweise für die Staatskasse in Abzug zu bringen.

Tierärzte und Fleischbeschauer erhalten bei Landwegreisen zur Ausübung der ordentlichen Fleischbeschau für ihre Tätigkeit als Vertreter in fremden Beschaubezirken an Wegegebühren 50% der in Absatz 1 festgesetzten Fahrkosten, wenn die Entfernung des Beschauortes von dem Wohnorte des Beschauers mindestens 5 km entfernt ist.

B. Die Gebühren für die amtliche Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen und Finnen, wenn sie nicht in Verbindung mit der Fleischbeschau vorgenommen wird, werden auf Anordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den Umfang des [illegible] ildesheim, Göttingen, [illegible] Münden und Peine [illegible] r auf 22,00 Mk. 2. [illegible] 11,00 Mk. 3. für ein [illegible] erhobenen Gebühren [illegible] osten für den ganzen [illegible] enn sie auf Anord- [illegible] hanbezirks tätig wer- [illegible] Schauort mehr als [illegible] gütung von 1,00 Mk.

[illegible] ft d. Js. in Kraft. [illegible] Regierungs-Amtsblatt [illegible] am 25 März 1922 [illegible] rd am gleichen Tage [illegible] t.

[illegible] weitere Verbreitung [illegible] re die Fleischbeschauer [illegible] igen.

[illegible] d t.

[illegible] nachm. von 1½ [illegible] rode

[illegible] d t.

Bekanntmachung.

betr. Durchführung des Gesetzes über die Fleischversorgung vom 18. 4. 22. (R. G. Bl. I. S. 460). Die Landjägerei wird hiermit angewiesen, darauf zu achten, daß nur die mit der für das Jahr 1922 ausgegebenen gelben **Viehhandels-Erlaubniskarte der Provinz Hannover** ausgerüsteten Schlachter und Händler im Kreise Ilfeld den Viehhandel ausüben. Soweit Antragsteller diese Karte noch nicht zugestellt sein sollte, müssen sie eine Bescheinigung der Kreis-Wirtschafts-Stelle bei sich führen, daß der Antrag für eine Viehhandelskarte läuft.

Zuwiderhandelnde sind zur Anzeige zu bringen.

Ilfeld, den 20. August 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Der für den vereinigten Schiedsmannsbezirk Elbingerode zum Schiedsmannsstellvertreter gewählte Maschinist Heinrich Stein ist am 2. August 1922 durch das Amtsgericht Wernigerode verpflichtet worden. Die Bestätigung der Wahl durch das Präsidium des Landgerichts in Halberstadt hat stattgefunden.

Die Amtszeit des Gewählten läuft bis 2. August 1925.

Elbingerode, den 23. August 1922.

Der Magistrat: Selke.

Bekanntmachung.

Der Beschluß der städtischen Kollegien über die **Erhöhung der Pacht** für die von der Stadt gepachteten Ländereien und Wege wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Der vorjährige Pachtzins ist um 150 % erhöht worden. Die Abführung der Pachtgelder wird zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung bis spätestens 1. September d. J. an die hiesige Kämmereikasse erwartet.

Elbingerode, den 25. August 1922.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung

Die Liste über die Verteilung des Umlagegetreides liegt in der Zeit vom **29. 8. bis 3. 9. d. Js.** zur Einsicht der Beteiligten im hiesigen Rathaule Zimmer Nr. 5 aus.

Anträge auf Berichtigung von Irrtümern können in dieser Zeit gestellt werden.

Elbingerode, den 25. August 1922.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung.

Als 1. August d. Js. gelangen für die Kilowattstunde Licht-Strom **12.— Mk.** und für die Kilowattstunde Kraftstrom **10.— Mk.** zur Einziehung.

Elbingerode, den 25. August 1922.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung.

Die Gebühren des Friedhofswärters betragen rückwirkend ab 1. Juni 1922

für ein großes Grab	Mk. 160.—
für ein großes Kindergrab	„ 100.—
für ein kleines Kindergrab	„ 50.— und
für das Einsargen einer Leiche	„ 25.—

Elbingerode, den 25. August 1922.

Der Magistrat. Selke.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 26. August 1922

Sitzung der städtischen Kollegien.
am 24. August abends 8 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Selke, die beiden neu eingetretenen B.-V. Galvanseur Herm. Bremer (USP) und Arnold Hemm (USV.), verpflichtete sie in der üblichen Weise durch Handschlag, und rief einige Dankesworte den Ausgeschiedenen B.-V. Spormann (der zum Ratsherrn gewählt wurde) und B.-V. Hinze, der sein Amt aus anderen Gründen niedergelegt hatte, nach.

Die einzelnen Punkte waren in den Fraktionssitzungen schon zur Besprechung gekommen, weshalb die umfangreiche Tagesordnung verhältnismäßig schnell erledigt wurde.

Zum Punkt 1 wurden die Preise für elektrischen Strom für Licht auf 12 Mark und Kraft auf 10 Mark pro Kilowattstunde festgesetzt.

Punkt 2. Die Lustbarkeitssteuer wird auf den doppelten Satz festgesetzt.

Punkt 3. Zu den Erhöhungen der Begräbnisgebühren waren Vereinbarungen zwischen dem Bürgermeister, einem Mitgliede des Kirchenvorstandes und dem Totengräber gepflogen. Danach wird künftig für die Aushebung eines großen Grabes eine Gebühr von 160.— Mk., für die Aushebung eines großen Kindergrabes eine Gebühr von 100 Mk. und für die Aushebung eines kleinen Kindergrabes eine Gebühr von 50 Mk. erhoben. Das Einsargen wird mit einer Gebühr von 25 Mk. belegt. Mit diesen Abmachungen ist das Kollegium einverstanden.

Punkt 4. Der zwischen der Stadt Elbingerode und der Gemeinde Rübeland einerseits und der Firma C. W. Neumann (fr. Pulverfabrik) andererseits geschlossene Nachtvertrag betr. Bodensicherei wird genehmigt. Der von der Firma C. W. Neumann zu zahlende Pachtpreis ist auf 3000.— Mk. festgesetzt. Hierzu hat die Vereinigte Harzer Portlandcement- und Kalkindustrie den Wunsch geäußert, die Fischereipacht der Bode soweit zu erhalten, als die Bode durch die Gründe der B. H. K.-F. fließt. Der Magistrat versprach, in diesem Sinne auf die Firma C. W. Neumann einzuwirken.

Punkt 5. Das Kollegium gab seine Zustimmung zum Beitritt der Sparkasse zur Giro-Zentrale (Verband der Sparkassen) in Hannover. Zum Zwecke der Beschaffung von Krediten ist der Beitritt zu obigem Institut gewissermaßen notwendig geworden. Einen besonderen Vorteil hat die Stadt bezw. die Sparkasse dadurch, daß sie an dem Gewinn der Girozentrale nach Maßgabe der von der Sparkasse dort gemachten Einlagen beteiligt ist. Im Verlauf dieser Debatte machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß für das Brauereigrundstück ein noch in diesem Jahre zur Auszahlung kommendes Landesdarlehen von 342 000.— Mk. gegeben werden wird.

Besonderen Wünschen entsprechend wird über den

Punkt 10 verhandelt, und zwar wird in den § 1 des Fortbildungsschulstatuts das Wort „wohnhaft" eingefügt um damit zu erreichen, daß alle jungen Leute, die in Elbingerode wohnen, zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet sind. Hieran knüpfen sich schultechnische Fragen; B.-V. Ackert wünscht, daß der Unterricht an den Tagesstunden stattfinden möchte, wird aber von B.-V. Freytag widersprochen, wobei dieser ausführt, daß das für Elbingerode eine Unmöglichkeit sei, 1. wegen der Raumfrage und 2. wegen Mangel an Lehrkräften.

Ferner wird über Punkt 8 verhandelt und zwar über die Anschaffung eines Lichtbildapparates. Hierzu hatte das Landratsamt, einer Anregung des Lehrerkollegiums der Hüttenrode folgend, angeraten, ob sich die Stadt Elbingerode daran mit einem Beitrag beteiligen wolle; ein solcher wird mit der Summe von 1000 Mk. bewilligt und dabei der Wunsch geäußert, daß der Apparat in Elbingerode, dem größten Ort des Amtes, stationiert werden möchte. Von der Regierung ist ebenfalls eine Beihilfe in Aussicht gestellt worden.

Punkt 6. Die an den Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes, einem Wernigeröder Rechtsanwalt, zu zahlende Aufwandsentschädigung für die in Elbingerode abzuhaltenden Sitzungen des Mieteinigungsamtes wird von 200 auf 500 Mk. erhöht.

Punkt 7. Neuerdings wird von den Gemeinden verlangt, daß sie die Kosten für den Transport der Eichgeräte tragen. Hierbei kann Elbingerode in eine üble Lage kommen, wenn es zum Transport der Eichgeräte von Goslar, dem Sitz des Eichmeisters herangezogen wird. Zu dieser Sache soll erst eine Rückfrage stattfinden.

Punkt 9. Das der Stadt Elbingerode auferlegte Getreideumlage-Soll ist auf 32 Doppelzentner festgesetzt in der sich Erzeuger zu teilen haben. Hierzu wird eine Kommission, bestehend aus den Landwirten Fritz Kaiser, Fritz Göbel und H. Krüger gewählt, deren Aufgabe es ist die Verteilung nach Maßgabe der bebauten Flächen vorzunehmen.

Punkt 11. Das Kollegium gibt sein Einverständnis zur Aufhebung der Wohnungsbaugebühren, da dieselbe für Elbingerode kaum praktisch anwendbar sein dürfte und die Einnahmen hierfür in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehen.

Punkt 12. Das Ballenhaltegeld wird auf 25 000.— Mk. pro Ballen und Jahr festgesetzt.

Punkt 13. Der Bohnenpreis für die Banten in der Waldbreite wird, wie schon früher beschlossen, auf 50 Pfg. pro Quadratmeter festgesetzt.

Punkt 14. Verschiedenes. Der hiesige landwirtschaftliche Verein und der Ziegenzuchtverein beabsichtigen eine Tierschau zu veranstalten bei der eine Prämiierung stattfinden soll. Der Kreisausschuß stiftete für diese Sache 2000.— Mark. Das B.-V. Kolbenhan schloß sich mit 1000 Mark für die Rindvieh- und mit 500 Mark für die Ziegenschau an.

B.-V. Saatzen wünscht die Wahl eines Magistratsmitgliedes für den Sparkassenvorstand.

Die in den Schulen wohnenden Lehrer waren zur Wohnungsbauabgabe herangezogen worden und zwar mit dem vollen für die Schulen festgelegten Betrag. Hier wurde Abhilfe zugesagt, sobald die nötigen Unterlagen verfügbar sind, und die Lehrer nur mit der für sie geltenden Summe nach der Zahl der von ihnen benutzten Räumen belastet werden.

B.-V. Kreßig monierte die hohen Fuhrkosten für Holz an die Deputatempfänger und empfiehlt die Fuhrkosten soweit sie den Stadtholzel belasten abzuschaffen, es jedem Berechtigten anheim stellend, die Anfuhr auf eigene Rechnung vorzunehmen. Der Magistrat versprach in diesem Sinne wirken zu wollen, machte jedoch darauf aufmerksam, daß die Sache nicht so glatt vor sich gehen würde, da es sich um Privilegien aus dem 16. Jahrhundert handele und die freie Lieferung des Holzes einen Teil des Gehalts darstelle. Es wurde jedoch eingewandt, daß die Deputatempfänger heute geltgemäße Bezahlung hätten und solcher das Fuhrlohn selbst tragen könnten. — Bemerkenswert ist, daß 2500 Meter (einschließl. Frauenholz) verfügbar sind, aber etwa 3000 Meter angemeldet worden sind. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission gewählt bestehend aus den B.-V. Haupt, Kreßig und Landwirt Karl Lierath, Bornberg, die die Verteilung des Holzes unter Mitwirkung des Ratsherrn Spormann vornehmen wird. Bemängelt wurden Schiebungen mit Holz dergestalt, daß Frauenholz gefordert und an Nichtberechtigte — etwa Hauswirte — weiterverkaufen um diesen so den Bezug billigen und nahestehenden Holzes zu sichern.

Die Forderungen der sozialistischen Gewerkschaften.

Die sozialistischen freien Gewerkschaften haben bei der Regierung folgende Forderungen gestellt:

1. Beschlagnahme der Lebensmittel, Kleider und Schuhe. Rationierung derselben.
2. Festsetzung eines Zwangskurses der Mark.
3. Festsetzung von Höchstpreisen.
4. Uebernahme des gesamten Devisenhandels durch die Regierung.
5. Schärfste Ueberwachung der Preisbildung.
6. Verbot der Herstellung von Kuchen und Gebäck.
7. Verbot der Fabrikation von Schokoladen und Konfitüren.
8. Verbot der Biererzeugung, der Schaumweinfabrikation, der Einfuhr von Apfelsinen usw.

— Kartoffeln. Es ist dem Magistrat gelungen, eine Ladung Kartoffeln zu bekommen, die in nächster Woche eintreffen wird. Der Preis wird sich zwischen 350.— und 370.— Mark bewegen.

— Riesenandrang auf der Miama — 80 000 bis 90 000 Sonntagsgäste. Das Nachlassen der Regenstimmungen und die Wiederkunft schönen Sommerwetters wirken auf den Besuch der Mitteldeutschen Ausstellung außerordentlich günstig ein. Der Verkehr des letzten Sonntags stand auf noch nicht erreichter Höhe. Schätzungsweise haben 80 000 — 90 000 Besucher die Tore der Ausstellung passiert. Wie wir von zuständiger Stelle hören, steigert sich der Besuch von Tag zu Tag. Einen wesentlichen Anteil am Anschwellen der Besuchsziffern haben die Gäste aus der Provinz und dem Reiche; am Sonntag trafen verschiedene Sonderzüge, so u. a. aus Braunschweig, Halberstadt und Nordhausen ein, die vollbesetzt waren. Große Konzerte von früh bis spät, am Ende das strahlende Feuerwerk und nicht zuletzt die fast jeden Sonntag neu eröffnete

Fortsetzung auf Seite 4.

Dr. Bahr's Zahnpulver »No. 23«

erprobtes Mittel um die Zähne gesund und weiß zu erhalten. Zahnentzündungen; desinfiziert die Mundhöhle. Ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta. — **Apotheke Dr. Carl Laudon.—**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220826-11/fragment/page=5